

# **Verwaltungsvereinbarung**

## **Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003 - 2007**

**Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung**

**- nachstehend „Bund“ genannt -**

**und**

**das Land Baden-Württemberg,**

**der Freistaat Bayern,**

**das Land Berlin,**

**das Land Brandenburg,**

**die Freie Hansestadt Bremen,**

**die Freie und Hansestadt Hamburg,**

**das Land Hessen,**

**das Land Mecklenburg-Vorpommern,**

**das Land Niedersachsen,**

**das Land Nordrhein-Westfalen,**

**das Land Rheinland-Pfalz,**

**das Saarland,**

**der Freistaat Sachsen,**

**das Land Sachsen-Anhalt,**

**das Land Schleswig-Holstein,**

**der Freistaat Thüringen**

**- nachstehend „Länder/Land“ genannt -**

**schließen folgende Verwaltungsvereinbarung über das oben genannte  
Investitionsprogramm**

## **Präambel**

Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ soll die Schaffung einer modernen Infrastruktur im Ganztags schulbereich unterstützt und der Anstoß für ein bedarfsorientiertes Angebot in allen Regionen gegeben werden. Die Qualitätsverbesserung unseres Bildungssystems hat eine nachhaltige gesamtwirtschaftliche Dimension. Durch eine frühzeitige und individuelle Förderung aller Potenziale in der Schule wird ein entscheidender Beitrag für eine gute Qualifizierung für die zukünftige Erwerbsarbeit geleistet. Dadurch kann der steigende Bedarf an qualifizierten Erwerbspersonen besser gedeckt, zugleich kann das vorhandene Potential an gut ausgebildeten Arbeitskräften besser ausgeschöpft werden und es können neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Ziel des Programms ist es zusätzliche Ganztags schulen zu schaffen und bestehende Ganztags schulen qualitativ weiterzuentwickeln.

## **Artikel 1**

### **Zweck der Finanzhilfen**

- (1) Im Rahmen des vorliegenden Investitionsprogramms gewährt der Bund auf der Basis des Artikels 104 a Abs. 4 Grundgesetz Finanzhilfen für Investitionen zum Aufbau neuer Ganztagschulen, zur Weiterentwicklung bestehender Schulen zu Ganztagschulen, zur Schaffung zusätzlicher Ganztagsplätze an bestehenden Ganztagschulen sowie zur qualitativen Weiterentwicklung bestehender Ganztagschulen. Gefördert werden Ganztagschulen im Sinne der jeweiligen Landesregelungen, die über ein pädagogisches Konzept verfügen. Ferner werden Schulen einschließlich angegliederter Horte sowie Kooperationsmodelle zwischen Schule und Trägern der Jugendhilfe auf der Grundlage eines gemeinsamen pädagogischen Konzepts gefördert, wenn die Weiterentwicklung zu einem in die Schule fachlich integrierten Ganztagsangebot angestrebt wird.
- (2) Zu den Investitionen im Sinne von Absatz 1 gehören insbesondere erforderliche Neu- bau-, Ausbau-, Umbau- und Renovierungsmaßnahmen, Ausstattungsinvestitionen sowie die mit den Investitionen verbundenen Dienstleistungen.

## **Artikel 2**

### **Höhe und Aufteilung der Programmkosten**

- (1) Der Bund stellt Mittel in Höhe von insgesamt 4 Mrd. Euro für die Jahre 2003 bis 2007 zur Verfügung.
- (2) Die Mittel sind zweckgebunden und werden nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wie folgt bereitgestellt:

Haushaltsjahr 2003	300 Mio. Euro
Haushaltsjahr 2004	1 Mrd. Euro
Haushaltsjahr 2005	1 Mrd. Euro
Haushaltsjahr 2006	1 Mrd. Euro
Haushaltsjahr 2007	700 Mio. Euro

### Artikel 3

#### Verteilung der Finanzhilfen auf die Länder

(1) Gefördert werden Investitionsvorhaben, die ab Inkrafttreten der Verwaltungsvereinbarung begonnen wurden. Investitionsvorhaben, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verwaltungsvereinbarung bereits begonnen, aber noch nicht abgeschlossen sind, werden gefördert, wenn es sich um selbständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens handelt.

(2) Die Finanzhilfen des Bundes verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt<sup>1</sup> (in Euro):

Länder	IZBB-Mittel*	IZBB-Mittel	IZBB-Mittel	IZBB-Mittel	IZBB-Mittel	Insgesamt
	2003	2004	2005	2006	2007	
BW	39.623.278	132.077.593	132.077.593	132.077.593	92.454.315	<b>528.310.372</b>
BY	44.665.642	148.885.472	148.885.472	148.885.472	104.219.830	<b>595.541.888</b>
BE	11.038.981	36.796.602	36.796.602	36.796.602	25.757.621	<b>147.186.407</b>
HB	2.121.158	7.070.525	7.070.525	7.070.525	4.949.368	<b>28.282.101</b>
HH	5.008.505	16.695.017	16.695.017	16.695.017	11.686.512	<b>66.780.069</b>
HE	20.874.108	69.580.360	69.580.360	69.580.360	48.706.252	<b>278.321.439</b>
NI	29.596.307	98.654.357	98.654.357	98.654.357	69.058.050	<b>394.617.429</b>
NW	68.547.574	228.491.915	228.491.915	228.491.915	159.944.340	<b>913.967.660</b>
RP	14.883.047	49.610.155	49.610.155	49.610.155	34.727.109	<b>198.440.621</b>
SH	10.128.119	33.760.397	33.760.397	33.760.397	23.632.278	<b>135.041.588</b>
SL	3.677.732	12.259.106	12.259.106	12.259.106	8.581.374	<b>49.036.422</b>
BB	9.754.097	32.513.656	32.513.656	32.513.656	22.759.559	<b>130.054.625</b>
MV	7.031.572	23.438.572	23.438.572	23.438.572	16.407.000	<b>93.754.287</b>
SN	15.025.746	50.085.819	50.085.819	50.085.819	35.060.073	<b>200.343.276</b>
ST	9.440.593	31.468.643	31.468.643	31.468.643	22.028.050	<b>125.874.570</b>
TH	8.583.543	28.611.812	28.611.812	28.611.812	20.028.268	<b>114.447.246</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>300.000.000</b>	<b>1.000.000.000</b>	<b>1.000.000.000</b>	<b>1.000.000.000</b>	<b>700.000.000</b>	<b>4.000.000.000</b>

<sup>1</sup> Nach Maßgabe der Schülerzahlen der Grundschulen und der Sekundarstufe I pro Land an der Gesamtheit dieser Schülerzahlen im Bundesgebiet im Schuljahr 2000/2001.

\* Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB)

- (3) Die Länder unterrichten den Bund für das Jahr 2003 über ihre Vorhaben und die dafür erforderlichen Mittel nach Artikel 1 Abs. 1 quartalsweise bis zum Jahresende. Für die Jahre 2004 bis 2007 teilen die Länder ihre Vorhabenplanung und die dafür erforderlichen Mittel nach Artikel 1 Abs. 1 vorläufig jeweils bis zum 31. März und endgültig bis zum 30. Juni des jeweiligen Jahres mit.
- (4) Ergibt sich aus der Mitteilung eines Landes zum 30. Juni des jeweiligen Jahres, dass die dem Land im jeweiligen Jahr zur Verfügung stehende Jahressumme nicht ausgeschöpft wird, erhöht sich sein Verfügungsrahmen im Folgejahr in entsprechendem Umfang. Die Länder sind auch nach diesem Termin bis zum Ende des jeweiligen Jahres berechtigt, ihre Vorhabenplanung für das laufende Jahr zu ändern; in diesem Falle übermitteln sie dem Bund eine geänderte Vorhabenplanung. Eine Änderung der Vorhabenplanung nach dem 30. Juni eines Jahres führt nicht zu einer Veränderung der zum 30. Juni eines Jahres als erforderlich gemeldeten Mittel.
- (5) Die nicht ausgeschöpften Mittel einer Jahressumme können von Ländern in Anspruch genommen werden, die einen Mittelbedarf oberhalb ihrer Quote haben, mit der Folge, dass sich der dem jeweiligen Land für das Folgejahr zur Verfügung stehende Jahresbetrag in entsprechendem Umfang vermindert. Für die Verteilung der nicht ausgeschöpften Mittel ist der Zeitpunkt der Mitteilung zum 30. Juni maßgeblich.

#### **Artikel 4**

##### **Verfahren und Durchführung**

- (1) Die Förderanträge sind an die Länder zu richten. Den Ländern obliegt die Auswahl der Vorhaben sowie die Regelung und Durchführung des Verfahrens.
- (2) Die Investitionen sind in dem Zeitraum vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2008 durchzuführen.
- (3) Die Bewirtschaftung richtet sich nach dem Haushaltsrecht der Länder. Die Bundesmittel sind bedarfsgerecht entsprechend dem Baufortschritt zu buchen und zu bewirtschaften.
- (4) Die Bundesmittel sind als Zusatzfinanzierung zu den Eigenaufwendungen in den Ländern einzusetzen, die für jedes Land insgesamt mindestens 10 v. H. betragen.

- (5) Bei der Weiterleitung von Bundesmitteln durch die Länder an Dritte gelten die Bestimmungen dieser Vereinbarung sinngemäß.
- (6) Unabhängig von den Terminen des Artikels 3 Abs. 3 bis 5 teilt der Bund jedem Land im Januar eines jeden Jahres mit, in welcher Höhe Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die Länder sind ermächtigt, die zuständigen Bundeskassen zur Auszahlung der Mittel an die zuständigen Landeskassen anzuweisen, sobald die Bundesmittel zur Begleichung fälliger Zahlungen benötigt werden. Die Länder leiten an die Letztempfänger die Finanzhilfen des Bundes unverzüglich weiter. Die Bundesmittel werden als Einnahmen in die Haushaltspläne der Länder eingestellt.
- (7) Der Schulträger weist in der Schule angemessen auf die Bundesförderung hin.

## **Artikel 5**

### **Nachweis der Mittelverwendung**

- (1) Die Länder übersenden dem Bundesministerium für Bildung und Forschung innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des jeweiligen Haushaltsjahres Übersichten über die zweckentsprechende Inanspruchnahme und Verwendung der Bundesmittel (Anzahl und Art der geförderten Vorhaben, das geförderte Investitionsvolumen sowie die Höhe der bereitgestellten und ausgezahlten Mittel). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung kann in begründeten Fällen ergänzende Angaben anfordern.
- (2) Die Länder unterrichten nach Prüfung der verausgabten Finanzhilfen das Bundesministerium für Bildung und Forschung zum 30. Juni 2009 in Form eines zusammenfassenden Berichts (Abschlussbericht). Sie teilen ihm ferner einschlägige Prüfungsbemerkungen ihrer Rechnungsprüfungsbehörden mit.

**Artikel 6****Rückforderung von Bundesmitteln**

Die Länder zahlen die Finanzhilfen zurück, wenn die geförderten Maßnahmen ihrer Art nach nicht den in Artikel 1 festgelegten Zweckbindungen entsprechen, wenn sie vor dem in Artikel 3 Abs. 1 genannten Stichtag begonnen wurden oder zuviel Mittel abgerufen wurden. Eine Rückzahlung erfolgt auch dann, wenn die Mittel nicht innerhalb des Förderzeitraums verbraucht wurden und soweit Artikel 4 Abs. 4 nicht eingehalten wurde.

**Artikel 7****Grundvereinbarung**

Im Übrigen gilt die Grundvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

**Artikel 8****In-Kraft-Treten**

Diese Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung der Vertragsschließenden mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft.

Berlin, den 29. April 2003

Für die **Bundesrepublik Deutschland**

Die Bundesministerin für Bildung und  
Forschung

Für das **Land Baden-Württemberg**

Die Ministerin für Kultus, Jugend  
und Sport

Für den **Freistaat Bayern**

Die Bayerische Staatsministerin  
für Unterricht und Kultus

Für das **Land Berlin**

Der Senator für Bildung, Jugend und  
Sport

Für das **Land Brandenburg**

Der Minister für Bildung, Jugend und  
Sport

Für die **Freie Hansestadt Bremen**

Der Senator für Bildung und Wissenschaft

Für die **Freie und Hansestadt Hamburg**

Der Senator für Bildung und Sport

Für das **Land Hessen**

Die Hessische Staatsministerin für Kultus



Für das <b>Land Mecklenburg-Vorpommern</b>	Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Für das <b>Land Niedersachsen</b>	Der Niedersächsische Kultusminister
Für das <b>Land Nordrhein-Westfalen</b>	Die Ministerin für Schule, Jugend und Kinder
Für das <b>Land Rheinland-Pfalz</b>	Die Staatsministerin für Bildung, Frauen und Jugend
Für das <b>Saarland</b>	Der Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft
Für den <b>Freistaat Sachsen</b>	Der Sächsische Staatsminister für Kultus
Für das <b>Land Sachsen-Anhalt</b>	Der Kultusminister
Für das <b>Land Schleswig-Holstein</b>	Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Für den <b>Freistaat Thüringen</b>	Der Thüringer Kultusminister

**Protokollnotizen**  
**zur Verwaltungsvereinbarung über das**  
**Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“**

**zu Artikel 1 Abs. 1 Satz 1**

Die Vertragsparteien sind sich einig, dass die Möglichkeit, Investitionen zur qualitativen Weiterentwicklung von bestehenden Ganztagschulen zu tätigen, vorwiegend für die neuen Länder (einschl. Berlin) in Betracht kommt.

**Hessen: zu Artikel 1 Abs. 1 Satz 2**

Ganztagschulen im Sinne dieser Verwaltungsvereinbarung sind auch Schulen mit ganztägigen Angeboten.

**zu Artikel 1 Abs. 2**

Im Rahmen der mit den Investitionen verbundenen Dienstleistungen kann aus Vereinfachungsgründen vom Land pro Jahr pauschal ein Betrag in Höhe von bis zu 50.000 € pauschal geltend gemacht werden. Die Möglichkeit eines höheren Einzelnachweises bleibt unberührt.

**zu Artikel 3 Abs. 4**

Artikel 3 Abs. 4 erstreckt sich auch auf das Jahr 2003. Wird von einem Land die ihm zustehende Jahressumme nicht abgerufen, erhöht sich für dieses Land der Verfügungsrahmen des Folgejahres.